

Über die Entrümpelung der deutschen Geschichte oder Warum uns der Nahe Osten näher liegt

von Reiner Bernstein

In der Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ vom 19./20.7.2008 hat sich Johan Schloemann kritisch mit der Verminderung der Unterrichtsstunden für die gymnasiale Oberstufe bei gleichzeitiger Anhebung des Angebots für den Nahen Osten befasst. Die Stellungnahme des Bayerischen Kultusministeriums auf eine Anfrage der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, (SZ 3.7.2008, S. 33) ändert nichts an der hier vorgetragenen Kritik.

Es passt wieder einmal alles zusammen, denn alles geht mit voller Absicht daneben. Da streiten Lobby-Experten und bestellte Fachwissenschaftler über das palästinensische Flüchtlingsdrama im Zuge der Gründung des Staates Israel. Denn beide Seiten interessiert die Frage, ob die Ankunft der Überlebenden der Shoah im damaligen britischen Mandatsgebiet ursächlicher Auslöser für die Flucht und die Vertreibung von rund 750 000 Arabern Palästinas gewesen sei.

Just zum selben Zeitpunkt schickt sich die bayerische Staatsregierung an, ohne mit der Wimper zu zucken das Unterrichtspensum zu NS-Propaganda, Antisemitismus und Holocaust in den letzten zwei Jahren bis zum Abitur auf sieben Stunden zu reduzieren, während das Pensum zum Nahostkonflikt auf zehn Stunden angehoben werden soll. Die Begründung im vertrauten Bürokratendeutsch liest sich zunächst wie die bekannte Frage in Tante Emmas Laden, ob's denn nicht ein bisschen mehr sein dürfe: Bei den Schülern solle die Erkenntnis wachsen, „dass sich herrschaftliche, wirtschaftliche, religiöse, nationalistische, machtpolitische und ideologische Konflikte ... zu einem immer komplexer werdenden Problembündel verdichtet haben, das nur unter Berücksichtigung der historischen Wurzeln verstanden werden kann“.

Damit ist amtlicherseits klargestellt, dass die Opfer des Nationalsozialismus, soweit sie der Vernichtung des gesamten jüdischen Volk entgingen, nazistische Ideologien und Machtinteressen nach Palästina importierten, um sich dort ihrer zu bedienen. Mit dieser Logik, die sich Einblicke in die neuere arabisch-palästinensische Literatur versagt, wird die seit den 1980er Jahren in Deutschland vagabundierende Behauptung aufs Schild gehoben, dass es längst überfällig sei, in die Besonderheit der deutschen Verantwortung für die Shoah endlich auch die Palästinenser einzubeziehen – als ob der politische Zionismus nicht viel früher auf die Staatlichkeit unter Abwägung der Konsequenzen für die einheimische Bevölkerung gesetzt hätte und als ob 1947/48 im Falle eines arabischen Sieges das Schicksal der Juden nicht klar gewesen wäre. Der israelische Historiker Zeev Maoz bemerkte dazu in seiner äußerst kritischen Würdigung der regionalen Sicherheits- und Außenpolitik der Regierung in Jerusalem, wer solche Feinde habe, könne sich gravierende Fehler erlauben. Hierzulande setzt indessen die „Opfer der Opfer“-Behauptung zu einer Zeit auf Sieg, in der in Sachen Nahost allenthalben über die gewaltige Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierungspolitik geklagt wird. Nunmehr überwindet die bayerische Bildungspolitik diesen Spagat für den Freistaat. Zwischen ihm und seinen Untertanen soll der große deutsche Geschichtsfrieden ausbrechen.

Man könnte diesen Skandal wie so vieles andere, was politisch inzwischen gang und gäbe geworden ist, auf sich beruhen lassen, wenn er nicht das aktuelle Projekt des Münchner NS-Dokumentationszentrums als Gemeinschaftsunternehmen von Bund, Land und Kommune ad absurdum führen würde und sich auf zwei Phänomene eingelassen hätte: Die Jahre bis 1933, vulgo die Vorgeschichte des Nationalsozialismus, sollen künftig nur noch cursorische Aufmerksamkeit finden. Nachdem unsere Schüler vom Unterricht über den Nationalsozialismus, der sinnigerweise allzu häufig auf die „Judenfrage“ reduziert worden ist, die Nase voll haben und es dazu doch zahllose didaktisch aufbereitete Handreichungen, Broschüren, Bücher und TV-Dokumentationen gibt, kann man auf den

wilhelminischen Autokratismus, den mörderischen Ersten Weltkrieg mit der Dolchstoßlegende und dem Versailler Vertrag sowie auf die Weimarer Republik mit Hyperinflation, Massenarbeitslosigkeit und der Zerrüttung des Konzepts vom deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens verzichten. All das stört nur noch das deutsche Nationalbewusstsein, das die weltpolitische Verantwortung mittels Entsendung von Soldaten nach Afrika und Asien demonstriert, präziser ausgedrückt: sich auf Bushs Vorgaben zur Militarisierung der Politik gegenüber den zivilen Komponenten von Sicherheit einlässt. Ins Bild passt die phantasievolle Aufforderung eines früheren Bundesverfassungsrichters an den Gesetzgeber, die Leugnung des Holocaust aus dem Strafrechtskatalog zu entfernen.

Womit wir beim Streit um die Wiederholung des Antrags für das Verbot der NPD sind: Nach seinem Scheitern vor einigen Jahren scheut die Bundesregierung davor zurück, erneut nach Karlsruhe zu ziehen. Obwohl nicht bestritten wird, dass diese Partei mit ihren Vernetzungen verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und obwohl die rechtsextremistische Szene so erfolgsorientiert wie nie ist, begründet der Innenminister seine Ablehnung mit der Bitte, seine V-Leute nicht zu enttarnen. Mit einem gehörigen Schuss Zynismus könnte man behaupten, dass sie so effektiv arbeiten, dass der Rechtsextremismus inzwischen in die bürgerliche Mitte eingewandert ist.

Hingegen lässt sich aus der trotzigigen Verweigerung Berlins die Vermutung ableiten, dass es der Bundesregierung ganz recht ist, wenn die NPD ein bestimmtes politisches Nachfragepotential in der Bevölkerung befriedigt und es bei scheinbar harmlos daherkommenden Kulturveranstaltungen, Kinder- und Musikfesten sowie auf Sommercamps bindet – solange sie das etablierte Parteiensystem nicht gefährdet und der „Linken“ Schnittmengen mit der NPD nachgesagt werden können. Es würde nicht verwundern, wenn nächstens Forderungen nach „roten Stolpersteinen“ für die „Opfer der Sowjetbesatzung“, für „unsere Soldaten an der Ostfront“ oder für die Vertriebenen aus Schlesien und Ostpreußen Breitbanddiskussionen nach sich ziehen.

Die bayerische Lehrplangestaltung kommt also zum rechten Zeitpunkt. Sie passt sich in das Glacis weltanschaulicher und politischer Umbrüche ein. Bisher konnte sich die rhetorische Formel von der Besorgnis über die NPD und ihre Trabanten mit regionalen Hochburgen in den neuen Bundesländern beruhigen. Nun stellen sich Absichten heraus, die Erinnerung an die Vergangenheit als Appell zur Wachsamkeit in Gegenwart und Zukunft per Amtssiegel schon in den Schulen auszuhebeln. Sollten diese Tendenzen in der Öffentlichkeit auf Widerstand stoßen, liegt das neue Versammlungsrecht zur Kriminalisierung parat. So fügt sich innenpolitisch das Puzzle, und außenpolitisch liegt uns der Nahe Osten heute näher. Anders ausgedrückt: Gestern wir, heute die Israelis – lasst uns über die Gräber die Hand der Versöhnung reichen.
